Alles was Recht ist

Beachtung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse

Ein Gynäkologe und ein Anästhesiologe mussten sich vor dem Oberlandesgericht Koblenz verantworten. Ihnen wurden Aufklärungs- und Behandlungsfehler bei der Operation einer Patientin vorgeworfen.

Im März 2005 entfernte der Gynäkologe bei der damals 46-jährigen Patientin die Gebärmutter. Da die Patientin von gelegentlichem unkontrolliertem Abgang von Urin berichtet hatte, wurde im selben Eingriff auch eine Unterpolsterung des Harnleiters mit einem TVT-Band vorgenommen. Die Intubationsnarkose bewirkte postoperativ heftige Übelkeit mit Erbrechen. Im Vorfeld des Eingriffs hatte die Patientin darauf hingewiesen, dass sie die üblichen Narkosemittel nicht vertrage. Da sich um das TVT-Band keine Schleimhaut gebildet hatte, musste 2006 ein Revisionseingriff durchgeführt werden.

Die Patientin warf dem Gynäkologen vor, sie weder über konservative Behandlungsalternativen (Beckenbodengymnastik), noch über die mit dem Eingriff verbundenen Risiken aufgeklärt zu haben. Dem Anästhesiologen lastete sie an, ihr bei der Anästhetikagabe kein weiteres Medikament verabreicht zu haben, das die postoperative Übelkeit vermieden hätte.

So sah das Gericht den Fall

Das Oberlandesgericht Koblenz hat – sachverständig beraten – die Klage gegen den Gynäkologen abgewiesen, der Klage gegen den Anästhesiologen stattgegeben (Urt. v. 20.6.2012, Az. 5 U 1450/11).

Eine Aufklärung über Behandlungsalternativen habe immer dann zu erfolgen, wenn mehrere medizinisch indizierte und übliche Behandlungsmethoden mit unterschiedlichen Risiken oder Erfolgschancen bestehen. Dies gelte

auch dann, wenn eine Operation durch eine konservative Behandlung vermieden werden kann. Der Patient müsse in die Lage versetzt werden, eigenständig zu entscheiden, auf welchem Weg die Behandlung erfolgen soll und zu welchem Zeitpunkt er welches Risiko eingehen will. Im vorliegenden Fall sei der Patientin bekannt gewesen, dass die Harninkontinenz auch konservativ behandelt werden kann. Dies erschließe sich schon aus dem Informationsblatt, das der Patientin vor dem Aufklärungsgespräch ausgehändigt worden war. Dort heiße es wörtlich: „Da Ihre Beschwerden weder durch Beckenbodentraining noch durch andere Hilfen dauerhaft gebessert werden können, empfehlen wir eine Operation“. Das verdeutliche hinreichend, dass ein Beckenbodentraining als Behandlungsalternative in Betracht gekommen sei, allerdings nach ärztlicher Einschätzung keinen dauerhaften Erfolg versprochen habe. Besteht eine Behandlungsalternative, über die der Patient informiert ist, dürfe der Arzt auch eine konkrete Empfehlung aussprechen, sofern diese – wie im vorliegenden Fall – im Rahmen des Vertretbaren liege. Die Worte „empfehlen wir eine Operation“ hätten zudem hinreichend deutlich gemacht, dass der Eingriff keineswegs alternativlos unausweichlich gewesen sei.

Die Aufklärung des Gynäkologen sei auch im Übrigen nicht zu beanstanden. Im ausgehändigten Informationsblatt seien eine Vielzahl von Komplikationen genannt; unter anderem werde auch – in hervorgehobener Weise – die Möglich-

Dr. Patrick M. Lissel stellt unter „Alles was Recht ist“ gerichtliche Entscheidungen aus dem Bereich der Gynäkologie und Geburtshilfe vor.

keit einer korrekturbedürftigen schrumpfenden Vernarbung der Scheide erörtert.

Im Rahmen der Anästhesie allerdings hätte der bekannten Überempfindlichkeit der Patientin gegen die üblichen Narkosemittel durch Gabe eines weiteren Medikaments begegnet werden müssen. Schon ein Jahr zuvor, im Jahr 2004, seien entsprechende Hinweise in der führenden anästhesiologischen Fachzeitschrift veröffentlicht worden. Die Zeitspanne zwischen der Fachpublikation und der Operation sei derart lang, dass dem Anästhesiologen die erforderliche Gabe eines weiteren Medikaments hätte bekannt sein müssen.

Was bedeutet das Urteil für den klinischen Alltag?

Ärzte sind verpflichtet, sich regelmäßig fortzubilden und sich dabei auch über neue, wissenschaftlich gesicherte Erkenntnisse, die etwa in führenden Fachzeitschriften publiziert werden, zu informieren und diese auch zeitnah im Berufsalltag umzusetzen.

Dr. Patrick M. Lissel
Rechtsanwalt und Fachanwalt
für Medizinrecht
Weißenseestr. 92
81539 München